
3685/J XXII. GP

Eingelangt am 06.12.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Mag. Johann Maier

und GenossInnen

an die Bundesministerin für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
betreffend „Abhängigkeitserkrankungen - Kaufsucht (Shopping-Sucht)“

Es gibt in unserer Gesellschaft immer mehr Möglichkeiten in Abhängigkeiten zu geraten.

Nach einem Bericht der österreichischen Ärztezeitung (25.02.2004) wird das Spektrum der Abhängigkeitserkrankungen immer größer: Neben einem breiteren polytoxikomanen Gebrauch legaler oder illegaler Substanzen nehmen nicht substanzgebundene Abhängigkeiten wie Internet-, Ess-, Sex- sowie Kauf- und Spielsucht zu.

Ein besonderes und zunehmendes Problem in allen Generationen stellt aus
Expertensicht die „Kaufsucht“ dar: Die im Dezember 2004 veröffentlichte AK-Studie
wies nach, dass junge ÖsterreicherInnen - vor allem Frauen - stark kaufsuchtgefährdet
sind.

„Jede zweite junge Frau zwischen 14 und 24 Jahren kaufsuchtgefährdet, 38 Prozent Betroffene bei jungen Männern - Vorbeugende Maßnahmen nötig.

In der Vorweihnachts- und Ausverkaufszeit ist die Versuchung besonders groß: Viele KonsumentInnen verfallen dem Kaufrausch. Eine von der AK erstmals in Österreich repräsentativ durchgeführte Studie in Kooperation mit der Uni Stuttgart-Hohenheim zeigt erschreckende Ergebnisse: Jede vierte ÖsterreicherIn ist kaufsuchtgefährdet. Zudem sind besonders junge Menschen, speziell Frauen, extrem betroffen: So ist jede zweite junge Frau im Alter zwischen 14 und 24 kaufsuchtgefährdet, bei den Burschen sind es 38 Prozent.

„Kaufsuchtgefährdung ist unabhängig von Einkommen, Beruf Wohnort oder Ausbildung“. Gekauft würden oft unnötige Dinge. Überdies kann Kaufsucht schnell in den Teufelskreis der Überschuldung führen. Bereits jetzt ist eine Reihe von Jugendlichen überschuldet“.
(AK 20.12.2004)

Die AK forderte daher Schutz für kaufsuchtgefährdete KonsumentInnen:

- Entwicklung eines Präventionsprogramms für Kaufsuchtgefährdete
- verpflichtender Unterrichtsgegenstand Verbraucherbildung in Schulen
- mehr Geld für die österreichischen Schuldnerberatungsstellen für präventive Maßnahmen für kaufsuchtgefährdete und überschuldete KonsumentInnen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz nachstehende

Anfrage:

1. Liegen Ihnen konkrete Zahlen vor, wie viele Menschen in Österreich „kaufsuchtig“ sind (Aufschlüsselung männlich / weiblich)?
Wenn nein, wie hoch werden diese geschätzt?
2. Liegen Ihnen konkrete Zahlen vor, wie viele Jugendliche in Österreich bereits „kaufsuchtig“ sind (Aufschlüsselung männlich / weiblich)?
Wenn nein, wie hoch werden diese geschätzt?
3. Wie wird seitens Ihres Ressorts „Kaufsucht“ definiert?
4. Welche Ursachen führen Ihrer Meinung nach in die Kaufsucht, insbesondere bei Jugendlichen?
5. Welche sozialen Probleme sind Ihnen im Zusammenhang mit der Kaufsucht bekannt?
6. Wie beurteilen Sie den Zusammenhang von Kaufsucht und Überschuldung?
7. Wenn keine Zahlen vorliegen - werden diesbezügliche Studien in Auftrag gegeben bzw. werden Sie diesbezügliche Projekte fordern?
Wenn ja, in welcher Form?
8. Sind Ihnen Studien anderer EU-Mitgliedsstaaten bekannt, die sich der Problematik der Kaufsucht befassen?
Wenn ja, in welcher Form?
9. Welche Organisationseinheit ist in Ihrem Ministerium für die Bekämpfung von

„Kaufsucht“ zuständig?

10. Welche Maßnahmen planen Sie aus konsumentenpolitischen Gründen 2005 und 2006 zur Bekämpfung der „Kaufsucht“? Welche präventiven Aktivitäten (Präventionsprogramm) sind geplant?
11. Halten Sie zur Bekämpfung dieser Sucht weitere legislative oder administrative Maßnahmen - eventuell gemeinsam mit anderen Ressorts - für notwendig?
12. In welcher Form werden Sie die Öffentlichkeit - insbesondere Jugendliche - auf die Problematik und die Auswirkungen dieser Suchterkrankung aufmerksam machen?